



Presseinformation

Nr. 155/2008

Kiel, Mittwoch, 28. Mai 2008

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Bildungspolitik/Ausgestaltung des verkürzten Gymnasiums (G 8)

Ekkehard Klug: Gymnasien werden bei der Schulzeitverkürzung im Stich gelassen

In der Landtagsdebatte zu **TOP 39** (Belastungs- und qualitätsgerechte Ausgestaltung des verkürzten Gymnasiums – G 8) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die große Koalition verweigert den Gymnasien die für eine Schulzeitverkürzung auf acht Jahre unerlässlichen Rahmenbedingungen.

- Weniger als die Hälfte der Gymnasien sind offene Ganztagschulen.
- Die Gymnasien erhalten bislang keine Landeszuschüsse für den Betrieb von Ganztagsangeboten. Der FDP-Antrag, dies zu ändern, liegt noch im Ausschuß; die SPD-Fraktion „mauert“ in dieser Frage.
- Eine Überarbeitung der Lehrpläne hat nicht stattgefunden.
- In der Oberstufe wachsen die Klassenstärken bis an den Klassenteiler 29 heran; die Arbeits- und Unterrichtsbedingungen in der gymnasialen Oberstufe werden sich damit massiv verschlechtern. Davon abgesehen haben viele Schulen für die Oberstufe gar nicht die unter solchen Vorzeichen benötigten Räume: die auf das alte Kurssystem ausgelegten Gruppenräume der Oberstufe sind zu klein, um so viele Schüler zu unterrichten.
- Die Schulen erhalten nicht die Lehrerstellen, die sie in Anbetracht ihrer Schülerzahlen und des Mehrbedarfs für die Umsetzung von „G 8“ benötigen.

Zur Stellsituation möchte ich folgendes hinzufügen:

Laut Antwort des Bildungsministeriums auf meine Anfrage 16/1907 sind den Gymnasien für das kommende Schuljahr 4.592 Stellen zugeteilt worden – 121 mehr als im jetzigen Schuljahr (4.471).

Die Ministerin spricht allerdings von 173 zusätzlichen Stellen: Es wäre interessant zu erfahren, wie dieser Widerspruch zu erklären ist.

Wie auch immer: Angesichts der massiv gestiegenen Schülerzahl bleiben die Zuweisungen hinter dem Bedarf zurück. Der Wegfall der Vorgriffsstunde kommt für die Gymnasien de facto einer Kürzung um 85 Stellen gleich. Für eine verbesserte Unterrichtsversorgung, die den Schülerzahlen und dem Mehrbedarf durch G 8 entspricht, gibt es daher keinen Spielraum.

Im Juni 2004 hat der Landesrechnungshof zum Stellenbedarf bei Einführung des G-8-Modells festgestellt:

„Eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre würde den Lehrerberauf in der 8-jährigen Einföhrungszeit sukzessive um maximal 300 Stellen erhöhen, ab dem 9. Jahr nach Einföhrung würden ca. 70 Stellen weniger als derzeit benötigt“. (LRH, 4. Juni 2004, S. 73).

Der Mehrbedarf für „G 8“ ist darauf zurückzuführen, dass die G-8-Jahrgänge mehr Wochenstunden erhalten als die früheren G-9-Jahrgänge: der Wegfall eines Schuljahres führt zu mehr Unterricht pro Schuljahr.

Ein Beispiel dafür ist das Vorziehen der 2. Fremdsprache, die künftig im Gymnasium ein Jahr früher beginnt als bislang.

Die 2. Fremdsprache ist auch sonst ein gutes Beispiel dafür, welche Probleme mit der Schulzeitverkürzung im Gymnasium verbunden sind. Im übernächsten Schuljahr - 2009/2010 - werden zwei Schülerjahrgänge gleichzeitig mit der 2. Fremdsprache starten: der 6. Jahrgang des ersten G8-Zuges und der 7. Jahrgang des letzten G9-Zuges.

Daraus folgt:

Im Schuljahr 2009/2010 benötigen die Schulen für jene Schüler, die mit der 2. Fremdsprache beginnen, doppelt soviel Personal wie sonst üblich! Aus den Gymnasien ist zu hören, dies werde schon für den Fremdsprachenunterricht in Französisch zu erheblichen Problemen führen; in Mangelfächern wie Latein und Spanisch sieht es aber ganz schwierig aus: Hier sind die Schulen wegen fehlender Fachlehrer kaum in der Lage, ein attraktives Fremdsprachenangebot zu gewährleisten, das auch die Fächer Spanisch und Latein einschließt.

Alles in allem ist festzustellen:

Die Landesregierung lässt die Gymnasien bei der Umsetzung der G-8-Reform im Stich. Sie verweigert ihnen die Rahmenbedingungen, durch die eine solche Reform überhaupt angemessen durchgeführt werden kann.“